

BürgerKlub-Tirol
im Tiroler Landtag
Eduard Wallnöfer Platz 3
A-6020 Innsbruck
Tel.: 0043-512-508-3122
fritz.gurgiser@buergerklub-tirol.at
thomas.schnitzer@buergerklub-tirol.at
www.buergerklub-tirol.at



DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Bürgerklub-Tirol** der Abgeordneten **Fritz Gurgiser und Thomas Schnitzer**

betreffend: **Kriterienkatalog für Gemeinde- und Landesinvestitionen**

Der Landtag wolle beschließen:

373/12

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, dem Tiroler Landtag einen Kriterienkatalog für Gemeinde- und Landesinvestitionen zur Beschlussfassung vorzulegen, der im Wesentlichen darauf abstellt, dass mit Steuergeld sowohl in Gemeinden als auch im Land nur in Projekte investiert wird, die eine hohe regionale Beschäftigung mit den damit verbundenen Steuern und Abgaben sichern, Arbeitsplätze zurück in den ländlichen Raum verlagert werden und damit die Steuergelder im Land bzw. der Region verbleiben“.

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzausschuss** und dem Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten zugewiesen werden.

Begründung:

Der Ordnung halber und zur Erinnerung verweisen wir darauf, dass die Mitglieder des Tiroler Landtages, der Tiroler Landesregierung und der Tiroler Beamtenschaft verpflichtet sind, öffentliche Gelder nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit verbunden mit hoher regionaler Beschäftigung und damit ebensolchen Rückflüssen an Steuern und Abgaben einzusetzen bzw. zu investieren.

Diesen Antrag stellen wir daher in der Sorge und im Wissen um die Zukunft insbesondere der zahlreichen Tiroler Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe und ihrer wertvollen Arbeitsplätze, die seit dem EU-Beitritt einem immer schärferen **„unfairen und ungerechten Wettbewerb“** ausgesetzt sind. Die Europäische Union hat seit Realisierung des Binnenmarktes mit 1. Jänner 1993 zwar in sehr vielen Bereichen ihren **„Geist der Liberalisierung“** auf der Grundlage ihrer „Grundfreiheiten“ realisiert, ist aber bei der **„notwendigen Harmonisierung“** stehen geblieben. Daher ist bereits der Begriff „Binnenmarkt“ mehr als falsch, solange in allen Mitgliedstaaten verschiedene Regelungen in Bezug auf Arbeits- und Betriebssteuern oder Sozial- und Umweltstandards etc. gelten. Dies führt unter anderem zu einem noch nie dagewesenen **„Transitexzess kreuz und quer durch Europa“**, wo eine bestimmte Gruppe ihre Profite nur dadurch ständig auf Kosten der Gemeinden, Länder, Regionen und Nationen steigern kann, weil sie ungehindert („liberalisiert“) **Arbeitskräfte und Rohstoffe überall dort plündert**, wo es für sie gerade am günstigsten ist. Die Autobahnen dazu wurden und werden aus öffentlichen Geldern gebaut, die Tarife künstlich nieder gehalten und das Grundrecht auf Gesundheit tagtäglich mit schweren Rädern überrollt. Die Brennerstrecke im Rahmengenbiet der Alpenkonvention von Rosenheim bis Verona mit den außer Streit stehenden hohen Lärm- und Schadstoffbelastungen, der Auslagerung von Arbeitsplätzen sowie der Entwertung von privaten und betrieblichen Liegenschaften ist **deutliches Mahnmal** dafür.

Daraus folgt, dass die angeführten Betriebe immer mehr vom Markt gedrängt werden, weil zudem weder auf der Landes- noch auf der Bundesebene die Möglichkeiten des Vergaberechts genutzt werden. Es ist für uns als Praktiker in der Tiroler Wirtschaft mehr als befremdend, beschämend und insbesondere **„arbeitsplatz-, wirtschafts- und tirolfeindlich“**, wenn öffentliche Auftraggeber – egal ob in einer Gemeinde, dem Land oder dem Bund – nach einem „Bestbieterprinzip“ vergeben, wo der Preis mit 98 Punkten bewertet wird und eine freiwillige Verlängerung der Garantiezeit um 2 – 3 Jahre das einzige zusätzliche Kriterium darstellt. Während alle anderen Möglichkeiten des Vergaberechts ungenutzt bleiben wie bspw. Servicenähe, Ausbildung von Jugendlichen, Beschäftigung älterer Menschen, kurze Transportwege etc.. Und das nach bereits vier Jahren Diskussion (!) im Tiroler Landtag, nach Vollversammlungsbeschlüssen der Tiroler Arbeiterkammer, den Lippenbekenntnissen zahlreicher PolitikerInnen, InteressensvertreterInnen etc..

Dazu kommt, dass der bisherige Weg des **Wildwuchses** an unkontrollierten Ansiedelungen, Gewerbeparks, die keine sind, Einkaufszentren, Spezialmärkten, Billigdiskontern etc. einen Sättigungsgrad erreicht hat, der schon lange dazu führt, dass sich diese „Märkte“ gegenseitig zu Tode konkurrieren. Sie alle leiden längst darunter, dass die **Reallohneinkommen des Großteils der Tiroler Bevölkerung trotz wiederkehrender hoher kollektivvertraglicher Abschlüsse nicht steigen, sondern sinken und die Kaufkraft immer niedriger wird**. Und sie leiden auch darunter, dass mittlerweile das Angebot zahlreicher Produkte längst die Nachfrage mengenmäßig überschritten hat – wir können, auch wenn wir das doppelte Einkommen hätten, all das nicht mehr kaufen, weil wir es nicht mehr brauchen und nicht mehr nutzen könnten. Mit der Folge, dass der interne Konkurrenzkampf nur mehr wie folgt zu „gewinnen“ ist:

Immer mehr **Billigwarenimporte aus Ländern mit niedersten Lohnkosten** sowie in den eigenen Geschäften **so wenig wie möglich qualifizierte, gut bezahlte Mitarbeiter** und stattdessen Beschäftigungsverhältnisse, welche die Betroffenen immer mehr an den Rand drängen. Bestes und negativstes Beispiel dafür sind die rund **2 Millionen Beschäftigten** in Österreich, die es tatsächlich „geschafft“ haben, keine Steuern zu bezahlen. Nicht aber, weil sie sich so „klug“ verhalten, wie zahlreiche illustre Gäste der Wiener U-Ausschüsse, sondern deshalb, weil ihnen für ihre Arbeit gerade so viel bezahlt wird, dass sie unterhalb der steuerpflichtigen Grenzen angesiedelt sind.

Das aber ist aus unserer Sicht ein Weg, der auf Dauer nicht finanzierbar ist, sondern das Land Tirol genauso wie die Republik Österreich national und international schwächt und zudem keine Möglichkeiten offen lässt, die Schuldenberge abzubauen. Es ist zudem ein Weg, der mit der politischen Forderung nach immer mehr Bildung unvereinbar ist – denn am Ende steht für sehr viele junge Menschen bereits heute nach guten Bildungsabschlüssen nur der Weg aus der Heimat und ein „Billigjob“. Wer die Stellenangebote in den Medien genauer betrachtet und die Bildungsanforderungen an junge Menschen mit den angebotenen Kollektivlöhnen oder –gehältern in Bezug setzt, dem muss das blanke Grausen kommen. Wie sollen bestens ausgebildete junge Menschen eine Familie gründen, wenn ihnen beim Einstieg nicht einmal € 2.000,00 brutto geboten werden?

Es ist daher auf Grund der IST-Situation eines **„liberalisierten aber nicht harmonisierten Binnenmarktes“** eine zwingende Notwendigkeit, öffentliche Gelder, die von den angeführten Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben erwirtschaftet werden, auch wieder diesen Unternehmungen zur **Standort- und Arbeitsplatzsicherung** zukommen zu lassen; einen steuerlichen und wirtschaftlichen Kreislauf aufrechtzuhalten und Investitionen so zu tätigen, dass sie einen hohen Rückfluss von Steuern, Abgaben und Kaufkraft in Gemeinde, Land und Bund zur Folge haben. In **279 Tiroler Gemeinden** stehen mit Sicherheit eine Fülle von regionalen Projekten an, die weit mehr Arbeitsplätze in allen Branchen sichern, als einige wenige politische Prestigeprojekte, deren Nutzen zudem nicht nachweisbar ist. Wer allein an die Forderung nach Ganztageschulen oder –betreuung denkt und dazu im Voraus einmal an jeder betroffenen Schule einen passenden Arbeitsplatz für Lehrerin und Lehrer errichten

muss, wird schnell merken, dass wieder „Leben in Handwerks- und Gewerbebetriebe“ mit allen positiven Nebeneffekten kommt und wie sich der „steuerliche Kreislauf“ positiv auswirkt.

Denn eines sei an dieser Stelle unmissverständlich festgehalten:

Die angeführten Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe sind diejenigen, die jeden 15. des Monats pünktlich Umsatzsteuer, Sozialversicherung, Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag, Dienstgeberzuschlag, Kommunalsteuer und quartalsmäßig noch eine Reihe weiterer Steuern abliefern. Woraus wiederum sämtliche für die Gesellschaft notwendigen Grundlagen finanziert werden:

Familien- und Kinderförderungen, Miet- und Heizkostenzuschüsse, Gesundheit, Pflege, Bildung, Kindergarten, Feuerwehr, Katastrophenschutz, öffentlicher Verkehr, Forschung, Sport, Vereinswesen und vieles andere mehr. Die Tiroler Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe mit ihren Beschäftigten in allen Branchen sind daher die „**Systemerhalter**“, die ein Recht darauf haben, dass wir in unserer politischen und beamteten Verantwortung alles daran setzen, dass für alle Gemeinde- und Landesinvestitionen die eingangs genannten und im Landesinteresse möglichst rasch zu erarbeiteten Kriterien maßgeblich angewandt werden.

Dieser Antrag stellt einen weiteren Mosaikstein zu unseren bereits eingebrachten Anträgen nach „**Fairem Wettbewerb**“ und „**Bestbieterprinzip**“ dar; die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass ein derartiger Katalog nach Tunlichkeit bereits in den Ausschüssen zum Oktoberlandtag beraten und entschieden werden kann.

Grundregel: Jeder Arbeitsplatz, der wegen fehlendem „**Fairen Wettbewerb**“ und fehlendem „**Bestbieterprinzip**“ verloren oder „**durch Fehlinvestition ausgelagert**“ wird, ist einer zu viel!

Kosten dieses Antrages: Ausarbeiten eines Kriterienkatalogs in Zusammenarbeit mit Experten bspw. der Arbeiter- und Wirtschaftskammer – Notwendige Serviceleistung.

Nutznieser dieses Antrages: Die Tiroler Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe aller Branchen samt ihren Beschäftigten und damit die Gemeinden und das Land mit dem klaren Ziel, Arbeitsplätze wieder zurück in die Gemeinden zu bringen.

Alternativen: Weiterer Verlust insbesondere von Gewerbe- und Handwerksbetrieben samt ihren „noch“ halbwegs gut bezahlten Arbeitsplätzen im Vergleich zu den dubiosen Beschäftigungsverhältnissen in diversen internationalen Ketten, die noch dazu kein einziges Tiroler Produkt in den Regalen führen, nur durch hohen Flächen- und Infrastrukturverbrauch auffallen und maßgeblich für die Entsiedelung und Entleerung des ländlichen Raumes verantwortlich sind. Dafür wurde keinem Mitglied des Tiroler Landtages am 8. Juni 2008 das Vertrauen ausgesprochen.

Innsbruck, 27. Juni 2012

LAbg. Fritz Gurgiser

LAbg. Thomas Schnitzer